

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis im Oktober: 4. Woche M. 300 000 000. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 50 000 000 M. u. Girokonto 50 bei d. Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Romm-Ges. Haberle u. Co. Wildbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Beizeile oder deren Raum i. Bez. Grundvor. M. 30 außerh. 35 einkl. Zus. Steuer. Reklamezeile 70 M. Schlüsseljahr 12 Millionen Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Kunstverteilung werden jew. 7 000 000 M. mehr berechnet. Schlag der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 249

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 25. Oktober 1923.

Februar 179

58. Jahrgang

Tagespiegel

Die angebliche Loslösung der Pfalz von Bayern unter Führung der Sozialdemokraten und Affizienz der Rheinlandkommission ist am Willen des Reichstages gescheitert.

Die erwartete Reichsratsitzung über den Konflikt Bayern und Reich hat nicht stattgefunden, aber eine Ministerpräsidentenkonferenz.

Der Reichskanzler begibt sich in Begleitung mehrerer Minister nach Hagen, um mit den Vertretern des Rheinlandes zu beraten.

Die Reichsregierung erließ eine Verordnung über die sofortige Ausgabe von wertbeständigen Zahlungsmitteln.

Die rheinischen Sonderbündler sind aus einer Reihe von Städten vertrieben worden.

Der Aufruhr in Hamburg stellt sich als ein groß angelegter Kommuniputsch dar.

Der Einmarsch der Reichswehrtruppen in Sachsen ist fortgesetzt worden. In Grimma und in Pirna ist es zu Zwischenfällen gekommen.

Bei der Reichsbahn werden die Personentarife ab Donnerstag um das Eineinhalbfache erhöht, die Gütertarife verdreifacht.

Wo stehen wir?

Vor dem Chaos, vor dem Zerfall, vor dem Ende Deutschlands — sagen die einen, und die andern: Es ist nur eine Episode, was wir erleben, man muß sich nur verständigen, eine Notgemeinschaft bilden und gegen den abwärtsführenden Teuerungstrudel sich stemmen, dann wirds auch einmal wieder besser; so kann es nicht weitergehen, man muß sich selber helfen oder wenigstens den Willen dazu haben.

Nichts von alledem wird Erfolg haben. Weder der Umsturz, noch die Zwangswirtschaft. Keine „Maßnahme“ — was haben wir in diesen letzten fünf Jahren schon von Verordnungen und Maßnahmen der verschiedenen Regierungen gesehen! — und kein Gesetz und keine Regierung, welcher Art sie auch sei. Hilfe und Besserung in den wirtschaftlichen Nöten und dem riesenhaften Maße der Teuerung und Geldentwertung kann nur wieder Geld, oder besser gesagt, Gold, bringen. Ausländischer Kredit, ausländische Geldhilfe in Verbindung mit einer völligen Neuordnung unseres ganzen parlamentarischen und staatlichen Apparats. Alles andere bedeutet nur ein Lawieren auf schwankender Grundlage.

Was verursacht denn den Markzerfall, die riesengroße Teuerung? Warum sind heute 150 Millionen Mark nur 1 Pfennig oder ein Milliardenzeichen nur fast 6 Pfennig? Weil das Ausland unser Geld so nieder bewertet, weil wir im Unfium Papiergeld gedruckt haben, weil wir täglich im Reich 10 mal mehr ausgeben als wir einnehmen, weil wir in wenig Wochen ein neues Geld haben, weil wir uns täglich selbst belügen, indem wir nach Goldmark rechnen und aber uns im Nullenrausch der Milliarden und Millionen abhegen. Noch tausend andere Gründe gäbe es. Vor allem politische, weil wir zu erfüllen versprochen, was wir nicht konnten, weil wir kein Vertrauen zu einander haben usw.

Darum brauchen wir als zweites eine neue innerpolitische Orientierung. Diese hängt zusammen mit der Verfassung und dem Parlamentarismus. Darum geht es bei dem Streit zwischen Bayern und dem Reich. Der Philosoph Spengler sagte schon: „Die entscheidenden Probleme liegen nicht in der Ausarbeitung von Verfassungen, sondern in der Organisation einer gut arbeitenden Regierung! Daran fehlt es. Reich und Länder haben sich unter der Weimarer Verfassung weit mehr auseinanderregiert als unter dem alten Obrigkeitsstaat Bismarckscher Verfassung. So betrachtet man in Bayern die derzeitige Krise mit dem Reich in erster Linie als eine Verfassungs- und Regierungskrise. Und der vom Reichsrat anzubahnde Ausgleich kann nur gefunden werden auf dem Wege

Die Bergewaltigung des Reichs.

Frankreich erklärt die Pfalz als unabhängigen Staat
Speyer, 24. Okt. Heute mittag 12 Uhr trat der pfälzische Kreisstag zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Geheimrat Dr. Beyersdorfer richtete an den französischen General de Negh die Bitte, die Gefangenen und Ausgewiesenen der Heimat wiederzugeben. Hierauf verlas der französische Major Louis namens der Rheinlandkommission eine Erklärung:

„In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne die allerwichtigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, ferner in Anbetracht der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als unabhängiger Staat mit einer vorläufigen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser Staat Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt gegenüber der hohen Rheinlandkommission in Gegenwart und Zukunft zu strenger Ergebenheit (Loyalität) und Mitarbeit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Sicherstellung der geschuldeten Entschädigungen und der nötigen Sicherheit Frankreichs notwendig sind.“

Der Vorsitzende erklärte, die Parteien werden zu dieser Rundgebung Stellung nehmen; er unterbroch die Sitzung auf kurze Zeit und forderte den Führer der sozialdemokratischen Fraktion S. Hoffmann-Kallerslautern, der den Schritt der Rheinlandkommission veranlaßt hatte, sich zu äußern.

Der Kreisstag verweigerte aber mit 18 Stimmen Mehrheit dem Abg. Hoffmann das Wort. Alle bürgerlichen Parteien lehnten die Erklärung der Rheinlandkommission mit Entrüstung ab.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet worden war, gab der Vorsitzende die Erklärung ab, daß der Kreisstag in der aufgeworfenen Frage nach Art. 18 der Reichsverfassung gar nicht zuständig sei. Die bayerische und die Reichsregierung haben sich schon in vergangener Nacht mit der Frage eingehend beschäftigt und die Bildung eines neuen Staats in jeder Form als Landesverrat bezeichnet. (Stürmische Zustimmung.) Darauf begab sich um 4 Uhr eine Abordnung zu General Negh.

Hoffentlich wird die richtige Antwort der Reichsregierung nicht lange auf sich warten lassen. Die unerhörte Herausforderung des Reichs, die die „friedliche Aktion“ Poincarés mit Rücksicht beleuchtet, verdient die schärfsten diplomatischen Gegenmaßnahmen und die Bloßstellung der französischen Heuchelei vor aller Welt. Die bayerische Regierung dürfte wohl zunächst der französischen Gesandtschaft in München den Stuhl vor die weißblauen Grenzpfähle setzen. — Der Landesverräter Hoffmann ist wohl der frühere Ministerpräsident in Bayern, der nach der Vertreibung der Räteherrschaft die Regierung übernahm.

einer Verfassungsreform. So wie es jetzt ist, kann jede einzelstaatliche Regierung, die notwendig ist zur Erhaltung des Bundesstaats, vom Reich aus unterdrückt werden. Wir hätten z. B. im Süden in den letzten Jahren unter der Zwangswirtschaft viel bessere Verhältnisse im Ernährungsweisen der großen Städte gehabt, wenn nicht immer wieder die Reichsgewalt dringegeschrien hätte. Und die andere Seite liegt im Parlamentarismus, in der Parteiwirtschaft der Regierungen. Das gilt vor allem vom Reich. Nach dem Berliner Partei- und Koalitionsrezept soll man auch in München, Karlsruhe und Stuttgart regieren. Das tötet jedes Eigenleben der Länder, der Volksstämme und der Volksgeschichte. Also zunächst innere Reformen im staatlichen Apparat, in der Diplomatie und Politik, als den Grundlagen jedes Zusammenlebens. Dann aber auch eine nationale Grundtatsache schaffen, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern im wahrhaft deutschen Bewußtsein, frei von jeder Weltbürgerei und jedem Internationalismus!

Vermögen wir angesichts der Riesennot im Innern, des Zerfalls nach außen, des Bruderkampfs in deutschen Ländern noch die Kraft zu dieser Erneuerung des staatlichen Lebens aufzubringen? Vermögen die Regierungen die Macht der überorganisierten Berufs-Wirtschaftsverbände zu sprengen, um das deutsche Volk und das Reich zu erhalten? Den Glauben an die Einheit des Reichs können uns selbst die schlimmsten Verhältnisse nicht rauben. Das ist ein Lichtblick. Aber drunten an Rhein und Ruhr wird mit den Sonderbündlern von entwaffneten Deutschen um die Erhaltung des schönsten, fruchtbarsten Landes im Reich gerungen, während im Innern die militärische Reichsmacht das Land Sachsen besetzt zur Herstellung ordnungsmäßiger Zustände. Und droben in Hamburg und in anderen Städten des Reichs erhebt sich der blutrote Aufruhr und nagt an den Wurzeln des Reichs. In der bayerischen Pfalz aber ist durch die Rheinlandkommission ein neuer Vertragsbruch vollzogen worden: Die Pfalz wurde zum selbständigen Staat erklärt mit Hilfe unserer Sozialisten.

Die Wärsel des Schicksals rollen über das deutsche Land. Wer vermag es zu sagen, was die kommenden Tage bringen?

Der Aufstieg aus dem Sittlichen

In letzter Zeit ist von Regierungsstellen öfters davon die Rede gewesen, daß ein Aufstieg unseres Volkes nur vom Boden der Sittlichkeit aus zu erfolgen sei.

Der Begriff der Sittlichkeit ist umstritten. Nur über eine uralte Forderung menschlicher Sittlichkeit herrscht weite Übereinstimmung: die Forderung der selbstlosen Opferwilligkeit, der vorbedachtlosen Hilfsbereitschaft. Sie in den

Mittelpunkt unseres privaten Schaffens wie unseres öffentlichen Lebens zu stellen, ist die Aufgabe der Gegenwart. Nun ist es gewiß unmöglich, den Gedanken opferwilliger Helfertums durch Gesetz oder Verordnung zu wecken. Er erwächst nur aus stiller Erziehungsarbeit, er muß vom einzelnen erlebt sein, um nachhaltig zu wirken. Es kann sich daher für die Reichsregierung nur darum handeln, denjenigen Kreisen die Betätigungsmöglichkeit zu sichern, die sich dieser Erziehungsarbeit und solcher opferwilligen Lebensführung widmen. Zu diesen Kreisen gehört vor allem die christliche Kirche, zu deren Kerngedanken der Opfergedanke gehört. Ihn noch schärfer, noch anhaltender zu verkünden und zu verwirklichen, wird sie aber nur in der Lage sein, wenn die unaufhörlichen Schwierigkeiten beseitigt werden, die ihr in den letzten Jahren von Kirche und Staat her entstanden sind. Durch unser kirchliches Leben geht seit fünf Jahren ein starkes Streben der Valen, abzielend auf die Heranziehung der Gemeindeglieder zu opferwilliger Mitarbeit bei der Bekämpfung der geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Nöte unserer Tage. Die gesunde Kraft dieser Bewegung erweist sich daraus, daß sie trotz aller Widerstände fortgeschritten. Aber sie würde weit größere Erfolge aufweisen können, wenn sie nicht einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit auf die Abwehr der gegen sie gerichteten Angriffe verwenden müßte. Besseres hat die staatsferne betriebene Abschürfung der finanziellen Mittel der Kirche zu schweren Schäden an ihrer Arbeit geführt. Hier endlich einmal Wandel zu schaffen, würde eine Tat der Reichsregierung sein. Man hatte bisher den Eindruck, als fehle es im Rahmen der Reichsregierung an einer Stelle, die sich ständig und nachhaltig mit diesen Fragen beschäftigt, sagen wir einmal an einem Staatssekretär des sittlichen Wiederaufbaus. Er ist nicht minder wichtig wie die für den wirtschaftlichen Aufbau zahlreich vorhandenen Stellen.

Und ein ganz anderes Gebiet. Am gewaltigsten war der Hilfsgedanke in Deutschland durchgeführt auf dem Gebiet der sozialen Versicherung. Was hier in stiller Arbeit geleistet worden ist, wird immer ein Ruhmesblatt deutschen Geschichts bleiben. Heute droht der sozialen Versicherung und dem in ihr verkörperten Gedanken gemeinsamer Hilfeleistung der Zusammenbruch. Die Folgen eines solchen sind unaussprechlich. Die Ursache der misslichen Lage ist, wie überall, die Wertunbeständigkeit der Reichsmark, die es den Versicherungsträgern unmöglich macht, zwischen dem schnell entwertenden Beitragseingang und den unermesslich steigenden Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten eine Gleichgewichtslage herbeizuführen. Unter dieser anhaltenden Schwierigkeit setzt notwendig der Versicherungszweck. Der Versicherungsbetrieb erfüllt öffentliche Aufgaben wie Staat und Gemeinde. Daran ändert nichts seine grundsätzliche auf Selbstverwaltung aufgebaute Organisation. Wenn aus dieser Selbstverwaltung abgesehen wird, wie es an Reichsstelle geschehen sein soll, daß die sozialen Versicherungsträger verpflichtet seien, sich nur aus eigener Kraft über die gegenwärtige schwierige Lage hinwegzuhelfen, so liegt darin eine arabe Verkennung ihrer Selbsttätigkeitsmöglichkeiten, die

